

## Newsletter– Ausgabe Nr. 4

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 30. September 2016 tagte die 10. Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR). In der aktuellen Ausgabe informieren wir Euch über unserer Positionen zu den wichtigsten Entscheidungen dieser Sitzung und zu unserer Arbeit in den Ausschüssen.

### **Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung am 30. September 2016**

<b>Arbeitskreis von RVR, VRR und NWL geht an den Start – LINKE mischt mit Resolution Stahlstandort Metropole Ruhr</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Linkes „Nein“ zu Olympia in der Metropole Ruhr Gegen die Erweiterung des Flughafens Düsseldorf Geodatennetzwerk Metropole Ruhr wird zur Daueraufgabe Nahverkehrsplan des VRR bedarf der Nachbesserung RuhrHub GmbH: Über Ergebnisse regelmäßig berichten</b>	<b>Seite 2</b>

<b>Außerdem ...</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Einführung einer Kinder/Jugend KulturCard wird geprüft</b>	

### **Einige Pressemitteilungen...**

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr

### **Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung am 30. September 2016**

---

#### **Arbeitskreis von RVR, VRR und NWL geht an den Start – LINKE mischt mit**

---

Durch das neue RVR-Gesetz ist der RVR auch für Fragen der Verkehrsplanung zuständig. Um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, soll ein Arbeitskreis mit politischen Vertretern\*innen der Verbandsversammlungen des RVR und der beiden Nahverkehrsverbände Rhein-Ruhr (VRR) und Westfalen-Lippe (NWL) gegründet werden. Die Bildung eines solchen Arbeitskreises, der sich der Entwicklung von Lösungen über Verbandsgrenzen hinaus stellt, war lange überfällig.

Bei der Besetzung des Arbeitskreises wären CDU, SPD und Grüne gerne unter sich geblieben. Um dies zu verhindern, haben wir zusammen mit den anderen kleinen Fraktionen Piraten, FREIEN WÄHLERN und FDP eine eigene Liste zur Wahl gestellt. So wurde Olaf Jung in den Arbeitskreis gewählt und DIE LINKE kann von Anfang an die Arbeit im Arbeitskreis kritisch begleiten.

---

#### **Resolution Stahlstandort Metropole Ruhr**

---

CDU, SPD und Grüne haben kurzfristig die Resolution „Stahlstandort Metropole Ruhr“ in die Verbandsversammlung eingebracht. Sie unterstützt ausdrücklich die Proteste der Belegschaften und fordert den Erhalt der Werke im Ruhrgebiet. Von Bundes- und Landesregierung wird Unterstützung eingefordert.

Wolfgang Freye machte in seiner Rede deutlich, dass eine der wesentlichen Ursachen für die heutige Situation die Managementfehler bei Thyssen Krupp sind. Diese führten zu immensen Verlusten von mindestens 12 Milliarden Euro. Diese Fehler werden nun auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR kann diese Resolution nur der Anfang der Diskussion sein. Gerade hier im Ruhrgebiet hat die Politik eine besondere Verantwortung zusammen mit den Gewerkschaften entsprechende Bedingungen für den Erhalt der Industriearbeitsplätze zu schaffen und entsprechende Initiativen zu starten.

---

### **Linkes „Nein“ zu Olympia in der Metropole Ruhr**

---

Die zweite Resolution der Großen Koalition, „Ja zu Olympia im Ruhrgebiet“, hat die linke Fraktion gemeinsam mit den Piraten abgelehnt. Aus Sicht unserer Fraktion gibt es im Ruhrgebiet mehrere regionale Großprojekte, die alle auf Nachhaltigkeit sowie die Verbindung von Ökologie und Ökonomie unter breiter Bürgerbeteiligung setzen. Sie werden dazu beitragen, das Image der Region ebenso zu verbessern, wie die Infrastruktur. Beispiele hierfür sind die klimametropole Ruhr 2022 und die Umsetzung der Internationalen Gartenschau 2027.

Solange das IOC nicht selbst konsequent etwas gegen Korruption und Dopingmissbrauch tut, wird es nicht gelingen, ökologisch und ökonomisch nachhaltige Spiele neuer Form zu organisieren. Der DOSB hat eine Bewerbung des Ruhrgebietes entsprechend bisher nicht unterstützt. Das Ruhrgebiet täte gut daran, Investitionen in städtebauliche Projekte und Verkehrsinfrastruktur bereits im Rahmen der bestehenden Projekte umzusetzen und nicht erst auf Olympia zu warten.

---

### **Gegen die Erweiterung des Flughafens Düsseldorf**

---

Auf Vorschlag der Verwaltung sollte die Verbandsversammlung der ablehnenden Stellungnahme des RVR zur Erweiterung des Flughafens Düsseldorf ausdrücklich zustimmen. Auf Druck der CDU beantragte die XXL-Koalition stattdessen, den Beschluss in eine reine Kenntnisnahme umzuwandeln – und überraschte die Verbandsversammlung mit einer flammenden Rede für die Erweiterung des Flughafens durch den ehemaligen Landesverkehrsminister Oliver Wittke. Aus Sicht der CDU war die Verwaltung mit Blick auf den Flughafen als Wirtschaftsfaktor über das Ziel hinaus geschossen. Fachliche Gesichtspunkte blieben bei der Begründung außen vor.

Die Fraktion DIE LINKE hat dagegen die kritische Stellungnahme der Verwaltung ausdrücklich unterstützt. Wolfgang Freye verwies auf die über 40.000 Widersprüche und die Ablehnung der Städte in der Region. Auch die Grünen unterstützten diese Argumentation – um dann doch die Stellungnahme der Verwaltung lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Es ist schon erstaunlich, wie hoch die Schmerzgrenzen der Grünen Fraktion im RVR manchmal liegen ...

---

### **Geodatennetzwerk Metropole Ruhr wird zur Daueraufgabe**

---

Vor drei Jahren hat der Verband in enger Zusammenarbeit mit den Verbandskommunen ein Pilotprojekt zur Erhebung und Veröffentlichung von Geo-Daten des Verbandsgebietes gestartet, beginnend mit der Veröffentlichungen von Bauplänen. Der RVR koordinierte, beriet und übernahm die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jetzt hat die Verbandsversammlung beschlossen, das Geodatennetzwerk als eine dauerhafte Einrichtung zu etablieren und in Absprache mit den Kommunen weiter auszubauen. DIE LINKE sprach sich dafür aus, weil es die Kooperation zwischen den Mitgliedskommunen und dem Verband fördert, viele neue Entwicklungsperspektiven aufweist und man so Mehrkosten in Höhe bis zu 4,8 Millionen Euro in der Region spart.

---

### **Nahverkehrsplan des VRR bedarf der Nachbesserung**

---

Die Stellungnahme des RVR als Träger öffentlicher Belange weist auf wichtige, im Nahverkehrsplan noch nachzuarbeitende Fragestellungen hin. So kann die Verbesserung des Nahverkehrsangebotes nur mit der konkreten Darstellung und Priorisierung von Maßnahmen und Entwicklungsvorschlägen erreicht werden. Dabei geht es bspw. um bessere Anschlusssituationen, neue Haltestellen auf den bestehenden Linien, attraktive Übergangszeiten.

Der von den Piraten eingebrachte Antrag, auch perspektivisch die fahrscheinlose Nutzung des ÖPNV mit in den Blick zu nehmen, wurde nur von unserer Fraktion unterstützt. Trotz der Ablehnung in der Verbandsversammlung werden wir diesen Ansatz in den neuen Arbeitskreis von RVR-VRR-NWL hineinbringen.

---

### **RuhrHub GmbH: Über Ergebnisse regelmäßig berichten**

---

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des RVR, die wmr GmbH, ist beteiligt an der Gründung der RuhrHub GmbH. Diese fördert im Rahmen eines durch die EU finanzierten Projektes Startups im Be-

reich der Digitalisierung der Ruhrwirtschaft. DIE LINKE hatte hierzu eine regelmäßige Berichterstattung beantragt, um sicherzustellen, dass auch wirklich kleinere und mittlere Unternehmen etwas von der Förderung haben, und nicht die Forschungsabteilungen von Großkonzernen. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses sagte in der Debatte immerhin zu, einmal jährlich einen Bericht zur Entwicklung von RuhrHub auf die Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses zu setzen. Damit ist unser Anliegen positiv aufgenommen worden.

### **Außerdem ...**

---

#### **Einführung einer Kinder/Jugend KulturCard wird geprüft**

---

Einstimmig hat der Kultur- und Sportausschuss des RVR beschlossen, eine Kinder/Jugend KulturCard einzuführen. Diese soll es Kindern und Jugendlichen über ein Abo ermöglichen, die Angebote der vielfältigen Spielstätten und Kulturorte im Ruhrgebiet erleben zu können. Auf unseren Vorschlag hin soll die Karte für Kinder von Familien mit niedrigem Einkommen (z.B. Hartz IV-Berechtigte) vergünstigt oder sogar kostenfrei angeboten werden. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

DIE LINKE fordert schon seit Jahren die Einführung eines Kulturpasses für alle öffentlichen Kultureinrichtungen im Ruhrgebiet, der Hartz IV-Berechtigten und anderen mit geringen Einkommen die Inanspruchnahme von Ermäßigungen ermöglicht, auch in der Nachbarstadt. Die Anträge hierfür wurden jedoch immer mehrheitlich abgelehnt. Nun wird es voraussichtlich wenigstens für die Kinder und Jugendlichen etwas Ähnliches geben.

### **Einige Pressemitteilungen ...**

---

#### **„Bündnis für Infrastruktur“ will Bürgerbeteiligung blockieren**

---

**22.09.2016**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält das von SPD-Landesverkehrsminister Michael Groschek zusammen mit seinen SPD-Ministerkollegen Garrelt Duin, Walter Borjans und den Unternehmensverbänden gegründete „Bündnis für Infrastruktur“ für einen Affront gegen Bürgerbeteiligung und rechtsstaatliche Genehmigungsverfahren.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „Wer unter dem Deckmantel eines ‚Bündnisses für Infrastruktur‘ die Bürgerinnen und Bürger, die Umweltverbände und viele andere in die ‚Schranken‘ weisen will, um Planungsrecht für Infrastrukturmaßnahmen und große Bauprojekte schneller durchzusetzen, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es muss darum gehen, solche Maßnahmen und Projekte von vorneherein verträglicher zu planen und durch mehr und frühere Bürgerbeteiligung eine bessere gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.“

Landesbauminister Groschek sollte dabei auch die Absichten der Investoren bei Bauvorhaben auf den Prüfstand stellen, statt sie auf Biegen und Brechen durchsetzen zu wollen.

Wolfgang Freye weiter: „Allein das Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf, das Michael Groschek als Beispiel benennt, beeinträchtigt die Lebensqualität und die Gesundheit von vielen Tausend Bürgerinnen und Bürgern in den Einflugschneisen des Flughafens. Weit mehr als 40.000 Einsprüche und Klagen der Anrainerstädte belegen dies ... Darüber kann man sich nicht hinwegsetzen, es muss vielmehr um besseren Lärmschutz und eine bessere Verteilung der Flugbewegungen auf die umliegenden Flughäfen Dortmund, Köln, Paderborn und Weeze gehen.“ ...

---

#### **Ruhrgebiet braucht Konzept für Sozialen Arbeitsmarkt**

---

**13.09.2016**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält die Ergebnisse der Studie der Bertelsmann-Stiftung für erschreckend, nach denen die Kinderarmut im Ruhrgebiet in den letzten fünf Jahren weiter gestiegen ist und die Spitzenwerte im Bundesvergleich belegt. Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation im Ruhrgebiet haben daran offensichtlich nichts ändern können.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „Die vorliegenden Zahlen verdeutlichen einmal mehr, wie groß der Handlungsbedarf im Ruhrgebiet ist, gemeinsam Konzepte gegen die Kinderarmut auf den Weg zu bringen. Die Kinderarmut hängt direkt mit der hohen Langzeitarbeitslosigkeit zusammen. Das wirksamste Mittel dagegen ist aus unserer Sicht ein ruhrgebietsweites Konzept für den Sozialen Arbeitsmarkt. Hier ist aus unserer Sicht der RVR als politische Klammer der Region gefordert. Unter seine Federführung sollte es zusammen mit den Mitgliedskommunen gelingen, wirksame

Schritte zur Schaffung von tariflich bezahlten Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose und Geringverdiener auf den Weg zu bringen.“

DIE LINKE hatte bereits in den Haushaltsberatungen 2016 beantragt, beim RVR Mittel zur Entwicklung von Strategien und Projekten zur Förderung von Langzeitarbeitslosen einzustellen, um ihnen neue Zugänge zum Arbeitsmarkt zu verschaffen und Ansätze für einen sozialen, öffentlich getragenen Arbeitsmarkt zu entwickeln. Die starre Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Region macht seit langem deutlich, dass viele ehemalige Industriearbeiter und immer öfter auch ihre Kinder keine Chance haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Der Antrag ist damals von der XXL-Koalition abgelehnt. Immerhin wurde eine Sozialkonferenz Ruhr beschlossen, die im Herbst stattfinden soll.

Darüber hinaus gilt es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR die bereits bestehenden örtlichen Konzepte der Kinder- und Jugendarbeit, die Umsetzung von Sprach- und Bildungskonzepten in Kindertagesstätten und Schulen kommunal weiter auszubauen und finanziell besser auszustatten.

Wolfgang Freye weiter: „Das wachsende Ausmaß der Kinderarmut macht deutlich, dass die örtlichen Konzepte der Kinder- und Jugendarbeit nicht ausreichen, Sprach- und Bildungskonzepte müssen ausgebaut und finanziell besser ausgestattet werden. Außerdem unterstützt DIE LINKE im RVR die Forderung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Kinderschutzbundes den Betrag der Grundsicherung pro Kind auf 536 € zu erhöhen. Es kann nicht angehen, dass viele Kinder im Ruhrgebiet kaum etwas Ordentliches zu Essen kriegen. Das reicht jedoch nicht, die Ursachen der Situation müssen endlich in den Fokus rücken. Nach Kulturhauptstadt und Grüner Hauptstadt muss die Region sich das Ziel setzen, eine Musterregion zur Bekämpfung von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit zu werden.“

---

### **Endlich Schluss mit dem Stillstand bei den Revierparks**

**4.07.2016**

---

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt den Beschluss der Verbandsversammlung, das Verschmelzungsmodell in der kleineren Form weiterzuführen. Damit ist endlich wieder Bewegung in den Zusammenschluss der Revierparks gekommen und die Verwaltung hat einen klaren Handlungsauftrag.

„DIE LINKE hat den Tagesordnungspunkt für die Verbandsversammlung am letzten Freitag beantragt, wodurch die Diskussion zum Thema überhaupt erst möglich wurde,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „CDU, SPD und Grüne haben in ihrem erst zur Sitzung vorgelegten Antrag unseren eigenen Antrag bis auf den letzten Punkt inhaltlich übernommen. Nachdem auch dieser Punkt, die Prüfung der Einführung einer neuen Tarifstruktur verbunden mit der Einführung von Sozialtarifen zumindest für bestimmte Teile der Einrichtungen, von der XXL-Koalition übernommen wurde, hat auch DIE LINKE dem XXL-Antrag zugestimmt. Damit ist die Kuh vom Eis. Die Räte und die Verwaltungen der beteiligten Kommunen können nun zusammen mit der Verwaltung des RVR die weiteren Details der Zusammenführung klären.“

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE im RVR war es an der Zeit, den Stillstand zu beenden, der teilweise die Existenz der Revierparks bedrohte. Der Beschluss hält den Städten Dortmund und Herne eine Beteiligung an der neuen Freizeitgesellschaft offen. Wollen sie dies nicht, muss allerdings über Ausstiegsszenarien verhandelt werden.

---

Weitere, ausführlichere Informationen, Berichte von Sitzungen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht.

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

#### **Impressum:**

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer  
Gutenbergstr. 47; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)